

# BULLETIN N°78 - März 2022

## GRUSSWORT DES VORSITZENDEN

Das erste Quartal des Jahres begann mit einem äußerst traurigen Ereignis, dem Tod von Parlamentspräsident David Sassoli. Doch mit dem französischen Vorsitz im Rat der Europäischen Union und der Konferenz über die Zukunft Europas steht dieses Quartal auch im Zeichen ehrgeiziger Reformbestrebungen der EU. Nach der Wahl Roberta Metsolas zur Präsidentin des Europäischen Parlaments wird dieses nach 20 Jahren wieder von einer Frau geleitet. Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wünscht ihr alles Gute und viel Erfolg in ihrem neuen Amt.

Die Konferenz über die Zukunft Europas ist derzeit ein wichtiger Gegenstand der politischen Diskussion. In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass wir mit der Reflexionsgruppe des VEM unseren Vorschlag über die Plattform der Konferenz einreichen konnten. Selbstverständlich sind die Diskussionen und Gespräche damit nicht vorbei. Ganz im Gegenteil müssen wir uns weiter dafür einsetzen, dass der Vorschlag Realität wird. Bei der Konferenz „The future of Europe starts today“, die am 21. März zusammen mit dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz veranstaltet wird, werden wir unseren Beitrag ausführlicher vorstellen. Ich hoffe auf eine zahlreiche Teilnahme Ihrerseits sowie auf eine vielfältige und konstruktive Diskussion.

Diese Veranstaltung und den im Anschluss erscheinenden Konferenzband werden wir Parlamentspräsident David Maria Sassoli widmen. Nicht zuletzt dank seiner besonderen Persönlichkeit und seines herzlichen Wesens war er in der Welt des Journalismus und in der europäischen Politik sehr erfolgreich. Er war ein leidenschaftlicher Verteidiger der Rechte des Europäischen Parlaments, der Rechtsstaatlichkeit der Union sowie von Frieden, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit.

Der französische EU-Ratsvorsitz markiert die Halbzeit der laufenden Wahlperiode. Darüber hinaus wurde das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen. Diese Jugend, die in ihrem Schul- und Hochschulalltag viele Opfer bringen musste, um sich und andere zu schützen, soll in diesem Jahr besonders geehrt werden. Uns als ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments ist es wichtig, der jungen Generation zuzuhören und ihre Entwicklung zu fördern. Mit unserem Programm „EP to Campus“ tragen wir wesentlich dazu bei und ich danke allen Mitgliedern, die aktiv an den Veranstaltungen an den Hochschulen mitwirken.

In diesem Sinne ist der Abschnitt „Fokus“ dieser Ausgabe der Demografie und Demokratie aus wirtschaftlicher, migrations- und gleichstellungspolitischer Sicht gewidmet. Des Weiteren gibt es drei Artikel zu den Beiträgen unserer Mitglieder an verschiedenen Hochschulen sowie zur

Veranstaltung anlässlich des 15-jährigen Bestehens des Programms „EP to Campus“. Außerdem finden Sie in dieser Ausgabe Informationen über die nach der Hälfte der Wahlperiode neu vergebenen Ämter im Europäischen Parlament: die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten, die Quästorinnen und Quästoren sowie die Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse.

Ich möchte Sie einladen, die zahlreichen Beiträge dieser Ausgabe zu lesen, und Ihnen noch einmal die Worte der jetzigen Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, bei der Abschlussveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des VEM in Erinnerung rufen. Sie sagte sinngemäß, der Beitrag unseres Vereins sei in vielerlei Hinsicht für die Arbeit des EP von Bedeutung gewesen. Mit der Erfahrung und dem Sachverstand seiner Mitglieder fördere er die Stärke und Legitimität des Parlaments. Die Zusammenarbeit des Parlaments mit dem VEM motiviere die neuen MdEP, sich für ein enger vereintes Europa einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

**Hans-Gert Pöttering**

## IN MEMORIAM

„Mit großer Trauer haben wir vom plötzlichen Tod von David Maria Sassoli, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, erfahren. Präsident Sassoli war eine große Persönlichkeit und ein überzeugter Europäer. Er hat einen großen Beitrag zur Einheit Europas geleistet und die Rechte des Europäischen Parlaments stets verteidigt. Präsident Sassoli glaubte an Freiheit, Demokratie, Rechtsordnung und Frieden. Er setzte sich stets für die Solidarität zwischen den Staaten und den Bürgern der Europäischen Union ein. Wir werden unser Möglichstes tun, um seine Überzeugungen in Zukunft zu verteidigen.“

**Hans-Gert Pöttering**

*FMA President*

Das jähe Ableben von David Sassoli, des allseits geschätzten Präsidenten des Europäischen Parlaments, ist für Italien und für Europa ein herber Verlust.

David Sassoli genoss bei den Institutionen ein hohes Ansehen, er war ein überzeugter Europäer und ein versierter Journalist. Mit Würde und viel Mut hatte er sich gegen seine Krankheit gestemmt, um seinen Auftrag in der Zeit der furchtbaren Pandemie bis zum Ende erfüllen zu können.

Ungeachtet ihrer politischen Verortung schätzten alle, die ihn gekannt haben, seine Besonnenheit, Mitmenschlichkeit, Loyalität und Großzügigkeit. Mit seiner Beharrlichkeit, seinem freundlichen Wesen und seiner Fähigkeit, anderen zuzuhören und ihnen Achtung entgegenzubringen, trat er engagiert für die Verteidigung der Grundwerte der EU ein, und dies insbesondere im Europäischen Parlament, das er als das Organ bezeichnete, das „mehr als jedes andere über einen direkten Draht zu den Bürgern verfügt“. Er tat dies mit beharrlicher Arbeit und dem ständigen Bemühen um einen Dialog, um dadurch „die Demokratien zu stärken und zu festigen“.

Sein Lächeln voller Optimismus und seine unendliche Geduld werde ich stets in Erinnerung behalten.

Es liegt nun an allen, die seine Arbeit in Europa fortführen werden, weiter für die Werte einzutreten, die er so vehement verteidigt hat.

**Monica Baldi**

*FMA Vice -President*

Auf dem Höhepunkt seiner Karriere gehen zu müssen, ohne den wohlverdienten Ruhestand mit seiner Familie genießen zu können, ist schlichtweg ungerecht, traurig und tragisch. David Maria Sassoli war der Inbegriff eines guten Mitglieds des Europäischen Parlaments: engagiert, tatkräftig und lebensbejahend. Darüber hinaus war er kompetent, menschlich und stilsicher. Unsere Trauer ist tief.

**Jean-Pierre Audy**

*FMA Treasurer*

Ich habe fünf Jahre lang mit David Sassoli im Europäischen Parlament zusammengearbeitet. Er war ein ausgezeichneter Kollege, ein großartiger Mensch und ein tadelloser Politiker.

Sein Amt als Präsident übte er kompetent, klug und würdevoll aus. Er setzte sich mit Nachdruck für die Verteidigung der europäischen Werte, die Stärkung der parlamentarischen Demokratie und die Bürgernähe des Parlaments ein.

Immer mit einem Lächeln auf den Lippen ... So werden wir Sie in Erinnerung behalten!

**Teresa Riera Madurell**

*FMA Secretary*

„David Maria Sassoli war ein großer Europäer, der sich aus Überzeugung und unermüdlich für die Verteidigung der europäischen Werte der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit einsetzte, auf denen die Europäische Union fest gegründet ist. Als Präsident des Europäischen Parlaments wurde er hoch geschätzt – und wir werden ihn sehr vermissen.“

**Brigitte Langenhagen**

*EPP-ED, Germany (1990 - 2004)*

Präsident David Maria Sassoli hinterlässt einen überaus positiven Eindruck. Er ist geprägt von seinem Auftreten, das in besonderem Maße der Zeit entsprach, die Europa durchlebte. Als Mann des Ausgleichs förderte er die Annäherung in verschiedenen Bereichen im Rahmen eines begrüßenswerten Zusammenwirkens der Organe der Europäischen Union. Er trug zur Stärkung der Union in einem historischen Moment bei, als bereits bestehende Schwierigkeiten durch die COVID-19-Pandemie verschärft wurden. Er sorgte insbesondere dafür, dass das Parlament unter strikter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften seine Arbeit fortsetzen konnte. Er wird in die Geschichte eingehen als ein Präsident, dessen Arbeit allen Schwierigkeiten zum Trotz von Erfolg gekrönt war.

**Manuel Porto**

*EPP-ED (1996-1999) & ELDR (1989-1996)*

„Ich habe bereits alles oder fast alles über meinen lieben Freund David gesagt und möchte nur hinzufügen, dass wir in diesem Europa, das sich darum bemüht, seine eigenen Konturen zu bestimmen, das Lächeln von Sassoli, seinen Großmut, sein stetes Pochen auf die Hoffnung und sein unermüdliches Bestreben, einen gefestigten demokratischen Raum und eine bessere Zukunft für die jüngere Generation zu erschaffen, bereits jetzt schmerzlich vermissen.“

**Pier Antonio Panzeri**

*S&D, Italy (2004 – 2019)*

## SCHREIBEN AN DEN PRÄSIDENTEN

Sehr geehrter Herr Präsident Pöttering, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass ich aufgrund anderer politischer Verpflichtungen ab dem kommenden Januar nicht mehr Quästor des Europäischen Parlaments sein werde. Damit scheidet ich auch aus dem Verwaltungsausschuss des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments aus.

Die Zusammenarbeit mit Ihnen allen in den vergangenen zweieinhalb Jahren war ein großes Privileg für mich. Ihre Erfahrung und Ihr Wissen über europäische Fragen haben ganz zweifellos all unsere Gespräche in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses bereichert.

Ich setze darauf, dass ich dem Verwaltungsausschuss uneingeschränkt gedient habe, insbesondere in Bezug auf Fragen rund um die Verwaltung des Europäischen Parlaments. Besonderer Dank gilt meinem Kollegen, Quästor Boyer, der immer Hilfe und Unterstützung geleistet hat, wenn wir uns mit verschiedenen Themen befassten.

Aus persönlicher Sicht freue ich mich sehr auf den Tag, an dem ich zu einem aktiven Mitglied des VEM werden kann.

Mit besten Grüßen

**David Casa**

*david.casa@europarl.europa.eu*

# AKTUALITÄTEN

## DAS WIRKLICHE GEOPOLITISCHE ZIEL DER EU

Zum ersten Mal überhaupt hat sich die Europäische Union einem wichtigen Plan für den Wandel verschrieben, um der Zerstörung des Planeten entgegenzuwirken und eine inklusivere Gesellschaft aufzubauen, als deren Grundlage die neue digitale Wirtschaft, die Wissenschaft und die Technologie im Dienste der Menschen fungiert.

Und da der Begriff „grün“ mit Gerechtigkeit und Inklusion in Verbindung stehen muss, ist der neue Grüne Deal in Wirklichkeit viel mehr als nur ein ökologischer Plan für die Energiewende. Er ist die große Chance für Europa, bei den unausweichlichen Veränderungen eine führende Rolle zu spielen.

Die EU wird die Staatengruppe bilden, die sich als erstes als klimaneutral bezeichnen kann. Dieser Umstand wird bedeutende geopolitische Folgen nach sich ziehen: Einmal mehr agiert Europa als Vorhut und ist der Motor für die übrige Welt. Es liegt in unserer Hand, das Wirtschaftswachstum vom Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu entkoppeln. Bisher fußte unser Fortschritt auf der Ausplünderung von Gemeingütern, ohne dass wir uns Gedanken über die nachfolgenden Generationen gemacht hätten.

Präsidentin Ursula von der Leyen hat es sehr zutreffend formuliert: Die Union durchlebt eine Zeit, die mit einem „Man-on-the-Moon“-Moment gleichzusetzen ist. Es handelt sich um einen großartigen Plan, der uns dazu bringen soll, die Umsetzung der Agenda 2030 zu beschleunigen, die mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) den von den Vereinten Nationen einstimmig vereinbarten und aufgrund der COVID-19-Pandemie längst überfälligen Rahmen für den globalen Wandel bildet.

Der neue Grüne Deal wirkt sich positiv auf den Zusammenhalt in unserer zersplitterten Gesellschaft aus. Einerseits handelt es sich dabei um einen *Sozialvertrag* innerhalb der und zwischen den Generationen, da er darauf hinwirkt, den nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten und eine inklusivere Gesellschaft zu hinterlassen. Andererseits stützt er sich auf den Multilateralismus und die Zusammenarbeit zwischen den Nationen, um Probleme anzugehen, für die es nur eine gemeinsame Lösung gibt. Was unsere Zukunft betrifft, so stehen wir an einem Scheideweg: Wir sind die letzte Generation, die eine Katastrophe von globalem Ausmaß noch abwenden kann, und die erste, der es gegeben wäre, eine Welt ohne extreme Armut zu erleben. Noch nie war eine Agenda so notwendig und visionär zugleich.

Als ob dieser Übergang an sich nicht schon schwierig genug wäre, hat das zerstörerische Potenzial von COVID-19 die Komplexität noch erhöht. Aber vor dem Hintergrund dieser Krise erscheint dieser Übergang noch viel notwendiger und dringlicher. Es besteht ein

unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Virus und dem Rückgang der biologischen Vielfalt, der sich auf das Handeln der Menschen auf der Erde zurückführen lässt. Es ist daher unausweichlich, dass wir sozusagen den Stier bei den Hörnern packen. Zuerst drängt die Zeit. Vizepräsident Frans Timmermans hat dies im Europäischen Parlament sehr deutlich gemacht: „Dies wird ein sehr schwieriges Unterfangen werden. Je eher wir es in Angriff nehmen, desto niedriger werden die Kosten ausfallen.“ Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

Durch die Pandemie ist die Situation noch viel komplizierter geworden, aber die Reaktion der EU auf COVID-19 erweist sich als große Unterstützung bei der Bewältigung dieser so schwierigen Gegenwart. So gibt es beispielsweise neben den enormen finanziellen Ressourcen, die für die Verwirklichung des ökologischen Wandels vorgesehen sind, auch noch den Fonds NextGenerationEU, um die am stärksten betroffenen Volkswirtschaften zu unterstützen. Im Rahmen des Grünen Deals werden zusätzlich zu den 750 000 Mio. EUR für die Ankurbelung der Wirtschaft noch weitere Gelder im Umfang von bis zu einer Milliarde EUR mobilisiert.

Der Umstand, dass der Grüne Deal mit der Notwendigkeit zusammenfällt, die Volkswirtschaften nach der COVID-19-Krise anzukurbeln, führt zu einer beispiellosen Mobilisierung von finanziellen Ressourcen. Und daraus ergeben sich unzählige Möglichkeiten. Zweifelsohne ist dieser Weg auch voller Herausforderungen, unter anderem die geostrategische Konfrontation auf unserem Kontinent selbst, die uns von dieser Aufgabe abzubringen droht, die Komplexität der Haushaltsführung, zumal es um sehr viel Geld geht, das einwandfrei verwaltet werden muss, die Notwendigkeit, dass sich der Übergang gerecht vollzieht, ohne dass dabei jemand zurückgelassen wird, oder Spaltungen in der EU, die wir nicht zulassen dürfen...

Als Beispiel für einen ökologischen und gerechten Wandel zu fungieren, darin muss das wirkliche geopolitische Ziel der EU liegen!

### **Cristina Gallach**

*Journalist, Former Spanish Secretary of State for Foreign Affairs and Ibero- America and the Caribbean*

## **EIN SOZIALES EUROPA BRAUCHT MEHR PROFIL!**

Das europäische Aufbauwerk, das sich Frieden, Freiheit und Wohlstand auf die Fahnen geschrieben hat, wird immer wieder aufs Neue auf die Probe gestellt. Gerade in Krisenzeiten und angesichts immer größerer globaler Herausforderungen muss sich die Stärke unserer Grundwerte unter Beweis stellen. Die Eingrenzung der europäischen Idee auf wirtschaftliche Maßnahmen ist inakzeptabel. Der soziale Sektor benötigt ein exzellentes Gütesiegel.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Ungleichheit in und zwischen unseren Mitgliedstaaten sowie der eng miteinander verflochtenen europäischen Volkswirtschaften bedarf es politischer Prioritäten zugunsten der sozialen Gerechtigkeit.

Das Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen, ist der Regelungsrahmen für ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene. Die EU legt Standards fest und vereint sowohl die wirtschaftliche als auch die ökologische und soziale Dimension miteinander.

Das europäische Modell des Sozialstaats weist unterschiedliche nationale Merkmale auf. Der Deckungsgrad von Tarifverträgen und die Stärkung der Mitbestimmung müssen vorangetrieben werden. Der Kampf gegen soziale Ausgrenzung, Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die zunehmende Armut müssen im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen.

Die europäische Säule sozialer Rechte ist das Schaufenster eines sozialen und gerechten Europas. Sie wurde 2017 auf dem Sozialgipfel in Göteborg von den Staats- und Regierungschefs feierlich proklamiert und 2021 auf dem Sozialgipfel in Porto bestätigt. Ihr Beitrag zur Stabilisierung des europäischen Aufbauwerks ist ein Startsignal dafür, soziale Rechte zu sichern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu handfesten Auswirkungen des Wohlfahrtsversprechens der EU führen. Schrittweise sollte es möglich sein, verbindliche gemeinsame, grenzübergreifende Vorschriften auf der Grundlage von Empfehlungen, einschließlich der erweiterten Indikatoren im Rahmen des sozialpolitischen Scoreboards des Europäischen Semesters, zu erlassen. Für eine wirksame künftige Entwicklung ist es notwendig, den Grundsatz der Einstimmigkeit im Rat durch eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zu ersetzen.

Für den Bereich der europäischen Sozialpolitik sind folgende Themen unverzichtbar:

- Zukunftssichere Arbeitsplätze sind eine wesentliche Grundlage für Einkommen und Selbstverwirklichung. Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und unsichere Beschäftigung müssen so gering wie möglich gehalten werden. Dies gilt insbesondere für junge Menschen bis 24 Jahre, ältere Menschen über 55 Jahre, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen.
- Die Gründung von neuen und innovativen Unternehmen, einschließlich solcher, die keinen Erwerbszweck verfolgen, ist zu unterstützen. Die aktive Förderung der Beschäftigung, insbesondere im digitalen und ökologischen Bereich, soll durch angemessen finanzierte EU-Programme erreicht werden.
- In der EU muss die Entwicklung gemeinsamer Märkte intensiviert werden. Dazu gehört auch die Stärkung der Technologien der Zukunft. Im globalen Wettbewerb müssen



unsere Schlüsselindustrien geschützt werden. Nur so können wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhalten werden.

- Der Missbrauch von Arbeitsverträgen und der Versuch, sich der unternehmerischen Verantwortung für die von Unterauftragnehmern ausgeführten Arbeiten zu entziehen, müssen bestraft werden.
- Es müssen finanzielle Ressourcen geschaffen werden, um die Wirtschaftskrise zu überwinden. So wurde beispielsweise die Kurzarbeit auf der Grundlage des deutschen Modells in ganz Europa durch das SURE-Programm unterstützt, das Darlehen in Höhe von Milliarden Euro in den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht hat.
- Der Niedriglohnsektor muss reduziert werden. Es müssen gerechte Löhne gezahlt werden. Die Sozialpartner sind für das Lohnniveau verantwortlich, oder es sollte gesetzlich festgelegt werden. Die Annahme eines Rechtsrahmens für europäische Mindestlöhne muss unterstützt werden.
- Arbeitnehmer benötigen eine deutlich bessere soziale Absicherung. Wenn diese Standards verbindlich sind, kann ein angemessenes Schutzniveau gewährleistet werden.
- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Präventionsmaßnahmen im Gesundheitswesen genauso notwendig sind wie koordinierte Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Es müssen die Voraussetzungen für eine europäische Gesundheitsunion geschaffen werden. Die Gesundheitsversorgung muss ausgebaut werden, damit sie von hoher Qualität und erschwinglich ist sowie rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird.
- Die europaweite Kompetenz im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss weiterentwickelt werden. Der Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz müssen zudem langfristig gestärkt werden. Mobbing am Arbeitsplatz und Diskriminierung müssen sanktioniert werden, was zu einem besseren Schutz durch europaweite Kontrollorgane führen muss.
- Die umfassende Beteiligung der Sozialpartner an der Gestaltung der künftigen Arbeitswelt ist unbedingt erforderlich. Die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Vertretern der Mitarbeiter sowie der jungen Menschen, Auszubildenden und Praktikanten sollten dahingehend erweitert werden, dass auch in kleineren Unternehmen einheitliche Regelungen diesbezüglich eingeführt werden.

**Thomas Mann**

EVP, Deutschland (1994–2019)

[manneuropa@t-online.de](mailto:manneuropa@t-online.de)

## AKTIVITÄTEN

### **UNSERE EUROPÄISCHE UNION – ES IST AN DER ZEIT, MUT ZU BEWEISEN, ZU HANDELN UND ERGEBNISSE ZU ERZIELEN**

#### **Beitrag des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) zur Konferenz zur Zukunft Europas**

Ziel dieses Beitrags, der sich auf die Berichte und Dokumente der Sitzungen vom 22. April, 30. Juni, 12. Oktober und 7. Dezember 2021 sowie auf die reichhaltigen und vielfältigen Beiträge einzelner Mitglieder des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) und der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) stützt, ist es, innerhalb des VEM und seiner Reflexionsgruppe zur Zukunft Europas einen breiten Konsens für einen Beitrag zur Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas (im Folgenden „Konferenz“) zu erzielen.

#### **Einleitung**

*„J’ai toujours pensé que l’Europe se ferait dans les crises, et qu’elle serait la somme des solutions qu’on apporterait à ces crises.“* (Monnet, Jean: Mémoires. Paris: Fayard, 1976. S. 488)

In diesen Zeiten der schweren Krise ist es wichtiger denn je, dass die Europäische Union, die sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Mitgliedstaaten vor Herausforderungen steht, über ihre Zukunft nachdenkt. Ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, die unter der Schirmherrschaft des VEM zusammenkommen, können aufgrund ihres Fachwissens, ihrer Erfahrung und ihres institutionellen und politischen Bewusstseins über das einzige EU-Organ, das direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Union gewählt wird, einen besonderen Beitrag leisten.

Die Konferenz bietet eine einmalige Gelegenheit, über die Zukunft der EU nachzudenken und den Dialog darüber auf offene und integrative Weise voranzutreiben.

Wir sind der Ansicht, dass sich die Konferenz auf allgemeine Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Integration konzentrieren sollte, auf die Art und Weise, wie die EU effizienter werden kann, wie sie ihre Handlungsfähigkeit verbessern und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen kann und wie die Rechtsstaatlichkeit besser geschützt werden kann, ohne dabei die Möglichkeit einer Vertragsänderung auszuschließen. Wir hoffen auch, dass einige interinstitutionelle Fragen, wie z. B. zur Zukunft des sogenannten Spitzenkandidaten-Systems, geklärt werden und dass Lehren aus der jüngsten Krise der EU, der aktuellen COVID-19-Pandemie, gezogen werden.

Aber wir müssen mehr tun. Deshalb wollen wir als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments mutig sein, denn diese Chance für die EU, in der Zukunft ehrgeiziger zu sein, sollte nicht vertan werden.

Angesichts dessen haben wir beschlossen, fünf allgemeine Leitlinien vorzulegen, die die EU bei der Entwicklung ihrer künftigen Politik befolgen sollte.

Darüber hinaus haben wir eine Liste mit zehn konkreten Vorschlägen in Bezug auf die Richtung zusammengestellt, die die EU einschlagen sollte, oder mit anderen Worten zu den Bereichen, in denen Initiativen ergriffen werden müssen.

### **Allgemeine Leitlinien:**

1. In Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union heißt es: „Die Werte, auf die sich die EU gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ Um sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU für Glaubwürdigkeit zu sorgen, sollten die oben definierten Grundwerte und -prinzipien der Union nicht auf bestimmte Politikbereiche beschränkt werden, sondern möglichst durch glaubwürdige und wirksame Durchsetzungsmechanismen bei allen Maßnahmen der EU berücksichtigt werden.

2. Um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, muss der politische Wille vorhanden sein, die EU handlungsfähig zu machen, und zwar sowohl in Bezug auf Vorschriften (um eine Blockade zu vermeiden) als auch in Bezug auf Ressourcen. Dies ist der Schlüssel zum Erfolg der Union. Die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger müssen mit den notwendigen Instrumenten und Mitteln in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen verknüpft werden, damit die bedauerliche Kluft zwischen Erwartungen und Leistungen sowie zwischen ehrgeizigen Erklärungen und unzureichenden Ergebnissen geschlossen werden kann. Anstatt über mehr oder weniger Europa zu diskutieren, sollte das Leitprinzip darin bestehen, der EU das zu geben, was sie braucht, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend handeln zu können.

3. Alle Instrumente und Mittel, die derzeit in den Verträgen vorgesehen sind, sollten genutzt werden, einschließlich der verschiedenen Möglichkeiten, die bisher ungenutzt geblieben sind, nicht zuletzt die Möglichkeit einer Vertragsänderung, die stets darauf abzielen sollte, die Rechenschaftspflicht der Organe und das demokratische System der EU weiter zu stärken, insbesondere was die Rolle des Parlaments und die Beschlussfähigkeit des Rates betrifft, wodurch die Möglichkeit eines Vetos für jeden Mitgliedstaat beseitigt würde.

4. Bei allen von der EU ergriffenen Initiativen sollten die allgemeinen politischen Ziele der EU verfolgt und nicht behindert werden. Anders ausgedrückt: Die Politik der EU sollte wirtschaftliche Interessen (d. h. Wachstum und Wohlstand) mit sozialem Schutz (d. h. Wohlergehen und Wohlbefinden) in Einklang bringen und so eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft bilden, wobei auch hohe Umwelt- und Klimaschutzstandards zu berücksichtigen sind. Die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung daran erweisen sich als globale Herausforderung, die eine umfassende Umstrukturierung unserer Gesellschaften erfordert, um die Einführung nachhaltigerer und integrativerer Modelle zu ermöglichen. Die EU sollte die politischen, rechtlichen und finanziellen Mittel erhalten, die erforderlich sind, um in diesem Bereich weiterhin führend zu sein.

5. Die Demokratie in der EU sollte auf allen Ebenen (lokal, regional und national) unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gestärkt werden, und zwar durch eine stärker strukturierte Beteiligung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft sowie durch eine stärkere Konzentration auf die Transparenz und Zugänglichkeit der Entscheidungsfindung in der EU. Eine solche Beteiligung soll weder die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente noch den Wahlprozess schwächen. Im Gegenteil: Die partizipative und die repräsentative Demokratie sollten als zwei sich gegenseitig verstärkende Grundsätze verstanden werden. Die Rolle der europäischen politischen Parteien sollte gestärkt werden, insbesondere bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

#### **Konkrete Vorschläge:**

1. Die derzeitige COVID-19-Pandemie hat uns unter anderem gezeigt, dass es mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere in Notsituationen, bedarf. Auf EU-Ebene sollten Mechanismen zur gegenseitigen Unterstützung und kurzfristigen Hilfe im Gesundheitsbereich eingerichtet werden. In dieser Hinsicht sollte die Solidarität, die den sogenannten „Corona-Nationalismus“ der ersten, auf die Mitgliedstaaten ausgerichteten Reaktion überwunden hat, in Verbindung mit den gemeinsamen Erfolgen bei der Bekämpfung der Pandemie als Grundlage für dauerhaftere Lösungen dienen. Die dringendste Frage sollte daher lauten: Wird die EU besser vorbereitet sein, wenn die nächste größere Katastrophe oder Krise eintritt ?

2. In einer Welt, in der einzelne Mitgliedstaaten nicht mit globalen Supermächten konkurrieren können, die einseitig handeln, sollte eine echte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entwickelt werden, indem im Rat häufiger die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit angewandt wird (z. B. bei der Verhängung von Sanktionen) und alle Flexibilitätsinstrumente des Vertrags einschließlich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) genutzt werden, um Blockaden zu vermeiden. Es muss eine gemeinsame und einsatzbereite Verteidigungskapazität entwickelt werden, damit die EU oder ihre Mitgliedstaaten in Not- oder Krisensituationen (z. B. am Flughafen Kabul) reagieren können. Unter diesen Umständen sollte der europäische Pfeiler der Nordatlantischen Allianz (NATO) gestärkt werden. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger von der EU erwarten. Es

ist nur eine Frage des politischen Willens. Eine Umstellung auf eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten würde die Mitgliedstaaten von Vetospielern zu ehrlichen Vermittlern machen, die in der Lage sein sollten, in sensiblen und kritischen Fragen einen Konsens zu erzielen.

3. Auf der Grundlage der Erfahrungen mit NextGenerationEU sollte die Union in der Lage sein, sich weiterzuentwickeln und über ihre Eigenmittel zu entscheiden, wie es auf jeder anderen Regierungsebene auch der Fall ist. Die EU sollte also über Fiskalautonomie verfügen, d. h. sie sollte in der Lage sein, auf den Finanzmärkten durch die Ausgabe von Anleihen (Kreditaufnahmekapazität) Geld einzunehmen, auch außerhalb der Aufbau- und Resilienzfazilität, und EU-weite Steuern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu erheben. Die Ausweitung der durch NextGenerationEU geschaffenen Instrumente sollte im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 erörtert werden. Eine Rückkehr zu ausgeglichenen nationalen Haushalten könnte mit einer erhöhten Kreditaufnahme auf EU-Ebene einhergehen, durch die nationale Investitionen übernommen werden könnten. Ferner sollten diese neuen Schritte in den Verträgen verankert werden. Darüber hinaus sollte die parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament nicht nur die Ausgaben umfassen, sondern auch auf die Einnahmen ausgedehnt werden. Der Gesamthaushalt der EU sollte ihren Ambitionen Rechnung tragen. Man kann weder große Politik machen noch kühn sein, wenn man durch bescheidene Mittel daran gehindert wird.

4. Die Digitalisierung sollte alle einbeziehen, niemanden zurücklassen und die Bürgerinnen und Bürger der EU und der Mitgliedstaaten schützen. Die EU sollte bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität, insbesondere aus Drittländern, eine führende Rolle übernehmen. Desinformation und die Verbreitung von Falschmeldungen untergraben systematisch unsere Werte und Grundsätze und sollten daher als Verbrechen gegen die Demokratie betrachtet werden. Die EU sollte dazu beitragen, einen sicheren elektronischen Raum für alle Mitgliedstaaten und auf allen Regierungsebenen zu gewährleisten.

5. Es besteht Bedarf an mehr europäischer Bildung und Information, insbesondere für die jungen Generationen, durch die Entwicklung mehrsprachiger und digital zugänglicher pädagogischer Materialien für alle Bürgerinnen und Bürger über die Geschichte Europas, insbesondere ausgehend von einer transnationalen Perspektive, sowie über die europäische Integration und das demokratische System der EU.

6. Es sollte mehr für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit getan werden, insbesondere im Hinblick auf die derzeitigen Mitgliedstaaten. Die EU kann nicht glaubwürdig hohe Standards und vorbildliches Verhalten von Bewerberländern einfordern, geschweige denn auf Defizite in Drittländern hinweisen, wenn ihre eigenen Mitgliedstaaten nicht im Einklang mit ihren Grundwerten und Prinzipien handeln. Die EU sollte daher eine Reihe von Instrumenten zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit entwickeln und in allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt anwenden.

7. Geopolitische Instabilität, der weltweite Wettbewerb um natürliche Ressourcen, die Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus Drittländern und die Auswirkungen der Klimapolitik unterstreichen die Notwendigkeit einer echten Energieunion. Hindernisse für die Integration des Binnenmarktes sollten beseitigt werden, die nationalen politischen Maßnahmen sollten koordiniert werden und der Bereich der Energie sollte in die Außenpolitik der EU einbezogen werden, um erneuerbare Energiequellen in der EU zu fördern und allen Bürgern und Unternehmen der EU erschwingliche Energie und eine äußerst sichere Energieversorgung zu bieten.

8. Das Spitzenkandidaten-System sollte durchgesetzt werden, in erster Linie durch das Parlament selbst. Die Zukunft des Systems hängt in erster Linie von der Bereitschaft des Parlaments ab, gegenüber dem Europäischen Rat Stellung zu beziehen. Um das Spitzenkandidaten-System zu stärken, wird die Einführung transnationaler Listen mit einer begrenzten Anzahl von Sitzen erwogen, vorausgesetzt, es werden dadurch keine Mitglieder des Europäischen Parlaments erster und zweiter Klasse geschaffen. Für die Nominierung und die Wahl des Kommissionspräsidenten ist die Anzahl der Sitze der Fraktionen im Parlament ausschlaggebend, wobei alle Mitglieder des Europäischen Parlaments gleichwertig sind. In jedem Fall sollten die Nähe der Mitglieder zu ihren Wählern und die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit den Mitgliedern gestärkt werden.

9. Als zweite Kammer der EU-Legislative sollte der Rat mehr tun, um seine Beratungen sichtbar und transparent zu machen. Diese Kammer sollte wie ein einziges öffentliches Organ agieren, in dem alle endgültigen Entscheidungen getroffen werden und dessen Sitzungen allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen, ähnlich wie dies beim Parlament der Fall ist.

10. Es ist eine echte europäische Perspektive für die westlichen Balkanländer erforderlich . Dies ist nur über einen konkreten und ausführlichen Fahrplan möglich, die von einem strengen Zeitplan begleitet wird. Auf diese Weise würde die Konditionalität auf beiden Seiten gestärkt werden: Die Bewerberländer wüssten, was sie wann tun müssen, um Mitglied der EU zu werden, während die Mitgliedstaaten ermutigt würden, die vereinbarten Erweiterungsperspektiven einzuhalten und die Integrationsfähigkeit der EU zu stärken, insbesondere in ihren Entscheidungsprozessen.

Dieser Beitrag wurde am 8. Dezember 2021 vom Verwaltungsausschuss des VEM angenommen, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

Hans-Gert PÖTTERING, Präsident

Monica BALDI, Vizepräsidentin

Jean-Pierre AUDY, Schatzmeister

Teresa RIERA MADURELL, Ehrensekretärin

Michael HINDLEY, Mitglied

Brigitte LANGENHAGEN, Mitglied

Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ, Mitglied

Edward McMILLAN-SCOTT, Mitglied

Pier Antonio PANZERI, Mitglied

Manuel PORTO, Mitglied

Basierend auf einem Vorschlag, der am 7. Dezember 2021 von der Reflexionsgruppe des VEM zur Zukunft der Europäischen Union angenommen wurde, der folgende Mitglieder angehören:

Hans-Gert PÖTTERING, Präsident des VEM und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments (Vorsitzender)

Enrique BARON CRESPO, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM (Spanien, S&D (1986–2009))

Elmar BROK, ehemaliges MdEP (Deutschland, PPE (1980–2019))

Pat COX, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM (Irland, ALDE (1989–2004))

Monica FRASSONI, ehemaliges MdEP (Italien, Grüne (1999–2009))

Genowefa GRABOWSKA, ehemaliges MdEP (Polen, SOC (2004–2009))

Zita GURMAI, ehemaliges MdEP (Ungarn, S&D (2004–2014))

Kaja KALLAS, ehemaliges MdEP (Estland, ALDE (2014–2018))

Alain LAMASSOURE, ehemaliges MdEP (Frankreich, PPE (1989–1993 / 1999–2019))

Richard CORBETT, ehemaliges MdEP (Vereinigtes Königreich, S&D, 1996-2009/2014-2020) (Beobachter)

In enger Zusammenarbeit mit Professor Steven Van Hecke und Elisabetta Fonck, Generalsekretärin des VEM.

# EUROPÄISCHE VEREINIGUNG DER EHEMALIGEN ABGEORDNETEN DER MITGLIEDSTAATEN DES EUROPARATES

## EUROPA UND DIE WELTMÄCHTE IN DEN NÄCHSTEN ZEHN JAHREN

### BERLINER ERKLÄRUNG

*Einstimmig angenommen von den Vereinigungen (\*<sup>1</sup>), die die Mitglieder der Europäischen Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates vertreten*

#### **Externe Einheit – interne Vielfalt: Schutz und Förderung der europäischen Lebensweise!**

##### **Europa – in diesem Zusammenhang die Mitgliedstaaten des Europarates – muss sich der neuen internationalen Lage stellen**

1. Die internationale Ordnung hat sich seit 1989 grundlegend verändert. Neue Mächte gewinnen deutlich an Einfluss, während andere wiederum seitdem an Bedeutung verloren haben. Wie kann Europas Stimme angesichts dieser Veränderungen zur Geltung gebracht werden? Wie können wir neben den USA, China, Russland und Indien mit ihren unterschiedlichen Wertesystemen unsere Position in der Welt behaupten? Hierbei handelt es sich nicht um eine theoretische Frage, was uns selbst in demokratisch organisierten Ländern klar werden muss. Es geht darum, die europäischen Werte, Interessen und somit die europäische Lebensweise zu schützen, zu verteidigen und zu fördern.

##### **Schutz der europäischen Lebensweise**

2. Zum entscheidenden Ziel der Politik in und für Europa muss der konsequente Schutz der Lebensformen europäischer Bürgerinnen und Bürger werden. Denn für sie haben in einer sich ständig verändernden Welt Fragen im Zusammenhang mit ihrem Sicherheitsgefühl oberste Priorität. Es ist klar, dass Europa, um nicht zum bloßen Objekt des Handelns anderer degradiert zu werden, seinen Einfluss nach außen nur als intern geeintes Gefüge geltend machen kann.
3. Für uns maßgeblich bleiben die europäischen Werte, wie sie insbesondere durch den Europarat und die Europäische Union festgelegt wurden: der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat, starke Parlamente, die offene Gesellschaft und die Achtung der Menschenrechte mit der Gewissens-, Religions- und Meinungsfreiheit und dem Organisationsrecht, die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Wahrung des Friedens, der Klima- und Umweltschutz, die uneingeschränkte Bereitstellung von Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger, die Gerechtigkeit und Solidarität sowie die Gleichberechtigung auf der Grundlage der Neutralität der Geschlechter und Rassen. Da

---

<sup>1</sup> (\*) nur 21 der 23 Vereinigungen haben Stimmrecht



diese Werte und auch die Demokratie vielfältigen Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt sind, müssen die Bevölkerung und die Politik autoritären Versuchungen widerstehen und die Demokratie und ihre Institutionen unterstützen. Wir, die ehemaligen Abgeordneten in dieser Vereinigung, werden an vorderster Front für den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie eintreten und mit gleichgesinnten ehemaligen Abgeordneten einen Appell für Demokratie und Dialog formulieren. Die enge internationale Zusammenarbeit muss angesichts neuer Pandemien, die nicht nur Leben und Lebensgrundlagen, sondern auch Demokratien gefährden, auch im Gesundheitsbereich intensiviert werden.

4. Die europäischen Lebensformen sind aus historischen und kulturellen Gründen unterschiedlich und vielfältig. Das ist keine Schwäche, sondern macht die Stärke Europas aus! Europa wird seiner Rolle in der Welt nicht gerecht werden, wenn es zum Spielball von Mächten wird. Macht und Einfluss im internationalen Kräftefeld beruhen nicht nur auf wirtschaftlicher und militärischer Stärke („hard power“), sondern auch und nicht zuletzt auf der kulturellen Stärke freier, konstitutioneller Demokratien („soft power“). Freiheit und Demokratie in Europa stützen sich seit jeher auf Bildung und Forschung. Europa muss insbesondere in den aufstrebenden Bereichen der Wissenschaft zusammenarbeiten, Forschung und Wissenschaft stärken sowie kulturelle Aktivitäten fördern. Aus diesem Grund ist politische und historische Bildung besonders wichtig. Letztere braucht eine entsprechende Sensibilisierung und Vermittlung der historischen Wurzeln sowie eine Stärkung der politischen Bildung für Demokratie und Menschenrechte.

#### **Pragmatismus und Realpolitik**

5. Europa braucht eine parallele Außen- und Sicherheitspolitik: Multilateralismus und europäische Einheit.
6. Es liegt im eigenen Interesse Europas, den Multilateralismus zu verteidigen, wie er vor allem in der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der UN – insbesondere in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem UN-Klimaschutzabkommen von Paris (2015)<sup>2</sup> – zum Ausdruck kommt. Multilaterale Institutionen sollten gegen das „Recht des Stärkeren“ gestärkt werden. Dies erfordert pragmatisches Handeln und eine nüchterne Realpolitik auf internationaler Ebene – also eine Zusammenarbeit mit Partnern, die unseren Interessen entspricht.
7. Wir müssen die werte- und regelbasierte internationale Ordnung und ihre Institutionen stärken. Dazu muss sich die EU – wo immer möglich gemeinsam mit anderen europäischen Ländern – über Handelsabkommen hinaus zu politisch-strategischen Abkommen mit gleichgesinnten Partnern aus Nord- und Lateinamerika, Afrika, Asien und Australien zusammenschließen, wie beispielsweise beim im Juli 2018 geschlossenen Strategischen Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan. Ein solches globales Werte- und Interessenbündnis muss seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Stärke in den Vereinten Nationen wie in internationalen Organisationen für den Erhalt und die Stärkung einer werte- und regelbasierten Ordnung nutzen. Die transatlantische Zusammenarbeit bleibt ein wichtiges Element der europäischen Selbstbehauptung.

---

<sup>2</sup> Das Abkommen ist ein verbindliches internationales Abkommen und am 4. November 2016 in Kraft getreten.

## **Europäisches Sicherheitsforum / Europäischer Sicherheitsrat**

8. Für jene europäischen Staaten, die gemeinsam an der Verteidigung, Erhaltung und Förderung europäischer Lebensformen arbeiten wollen, braucht Europa ein neues Format: idealerweise ein Europäisches Sicherheitsforum / einen Europäischen Sicherheitsrat. Neben traditionellen militärischen Fragen soll sich diese Organisation auch mit Themen im Bereich der Sicherheit der Demokratie, der Menschen und des Internets befassen. Der Schutz der europäischen Grenzen (z. B. Frontex) ist äußerst wichtig. Nach dem Brexit und einer vorübergehenden Einstellung des Erweiterungsprozesses ist für alle offensichtlich, dass Europa mehr ist als die 27 EU-Mitgliedstaaten. Und die Struktur der OSZE ist zu schwach, weil Entscheidungen im Konsens auf einer politischen, aber nicht rechtsverbindlichen Basis getroffen werden.

9. Dieses nach außen geeinte Europa macht sich in allen multilateralen Institutionen für europäische Werte stark und bringt sie in seine bilateralen Beziehungen ein. Das Vereinigte Königreich und Frankreich bleiben mit ihren beiden ständigen Sitzen im UN-Sicherheitsrat Ankerkräfte für den internationalen Einfluss Europas.

10. Europa entwickelt eine gemeinsame Politik für eine Sicherheitsarchitektur Europas unter Einbeziehung des NATO-Mitglieds Türkei. Im Geiste guter Nachbarschaft erwarten wir von Russland, dass es eher als Partner denn als Feind handelt. Von einem europäischen Partner und Mitgliedsstaat des Europarates erwarten wir die Achtung unserer Grundwerte. Wichtig ist auch eine konstruktive Zusammenarbeit mit Afrika, um eine nachhaltige, menschliche, resiliente Entwicklung zu fördern und auch den Bevölkerungs- und Migrationsdruck zu reduzieren. In den Wirren des Nahen Ostens halten wir an einer Politik fest, die das Existenzrecht Israels schützt und die Zweistaatenlösung mit Palästina anerkennt.

11. Als Macht des Friedens, der Konfliktvermeidung und der Diplomatie muss Europa sein Sicherheits- und Verteidigungspotential effizienter nutzen. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungsfähigkeit muss mit der NATO, die unverzichtbar bleibt, vereinbar sein. Jeder Staat muss seinen Beitrag entsprechend seinen Fähigkeiten leisten. Der Ausbau der Hilfe und ein besserer Schutz der Außengrenzen der europäischen Länder, insbesondere des Südens, die in den letzten Jahren von massiven Flüchtlings- und Migrationsströmen betroffen sind, sind von größter Bedeutung; wir wissen die einschlägigen internationalen Vereinbarungen zu schätzen.

12. Um die wirtschaftliche Basis für den Einfluss Europas im internationalen Mächtefeld zu sichern, muss unsere Wirtschaft für den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsmächten innovativer werden. Dafür sind Freihandelsabkommen mit Partnern, die sich für eine humane, nachhaltige Globalisierung und Entwicklung einsetzen, unerlässlich.

13. In diesem Zusammenhang muss der Euro zu einem entscheidenden Baustein für den internationalen Einfluss Europas werden.

## **Die Verantwortung europäischer Politik**

14. Die Architektur Europas sollte folgendermaßen verändert werden: Im Europäischen Sicherheitsforum / Europäischen Sicherheitsrat kommen jene Staaten zusammen, denen klar ist, dass europäische Werte und damit die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger mittel- und langfristig nur gewahrt werden können, wenn sie bereit sind, global auf einer gemeinsamen Grundlage zu handeln. Eine gemeinsame Innenpolitik ist nicht zwingend, aber wünschenswert. Staaten, die auch eine Verflechtung ihrer Innenpolitik anstreben, tun dies wie bisher innerhalb der EU und der Eurozone.

Motto einer neuen Europapolitik:

**„Externe Einheit – interne Vielfalt: Schutz und Förderung der europäischen Lebensweise!“**

## DIE ZUKUNFT EUROPAS AUS HEUTIGER SICHT

Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) und insbesondere mit dem Historischen Archiv der Europäischen Union (HAEU) wird fortgesetzt und trägt weiterhin Früchte. Nach wie vor äußern sich die Presse, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und die Institutionen positiv über die Konferenz, die am 23. September vergangenen Jahres im Ratssaal des Instituts in Florenz anlässlich des italienischen G20-Vorsitzes zusammen mit Women20 veranstaltet wurde. Das Buch „Overcoming the Pandemic“ (Überwindung der Pandemie), das im Dezember 2021 vom VEM veröffentlicht und vom HAEU gedruckt wurde, stößt bei einer Reihe von Persönlichkeiten auf ein reges Interesse. Es enthält Informationen über die Tätigkeiten auf dieser Konferenz sowie maßgebliche Reden und Empfehlungen, die sich in der „Charta de Florentia“ auf der Grundlage der Gleichstellung und der Geschlechter und der geschlechtsspezifischen Medizin an Regierungen richten.

Im Jahr 2022 ist die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut noch ergiebiger geworden, und zwar durch die Organisation der gemeinsamen Veranstaltung „Present Future of Europe“ (Die Zukunft Europas aus heutiger Sicht), die durch ein gelungenes Plakat treffend auf einen Punkt gebracht wird, das vom Historischen Archiv der Europäischen Union ausgestellt und bereits vor einigen Jahren von der Europäischen Kommission genutzt wurde, um mittels Kommunikations- und Sensibilisierungskampagnen im Rahmen der Agenda „Europa der Völker“ ein gemeinsames europäisches Selbstbild und eine europäische Identität zu schaffen.

Bei der vom Direktor des Historischen Archivs der Europäischen Union, Dieter Schlenker, der Vizepräsidentin des VEM, Monica Baldi, und Ehrensekretärin des VEM, Teresa Riera Madurell, koordinierten Veranstaltung stützt man sich auf die hochrangige Konferenz „The Future of Europe starts Today“ (Die Zukunft Europas beginnt heute), die am ersten Frühlingstag, dem 21. März 2021, in der prestigeträchtigen Villa Salviati in Florenz stattfand. Bei der nun geplanten Veranstaltung wird der vom VEM auf der „Konferenz über die Zukunft Europas“ formulierte Vorschlag und die Arbeit der renommierten Mitglieder der „Reflexionsgruppe“ der Politik, Wissenschaft und vor allem den europäischen Bürgern vorgestellt. Der Text ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit unter anderem im Rahmen eines Veranstaltungszyklus, und enthält fünf allgemeine Leitlinien für die Zukunft Europas mit zehn konkreten Vorschlägen, in denen die Richtung aufgezeigt wird, die die Europäische Union einschlagen sollte. In dem Vorschlag wird die Auffassung vertreten, dass sich die Konferenz auf allgemeine Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Integration unter folgenden Fragestellungen konzentrieren sollte: Wie kann die Rechtsstaatlichkeit besser geschützt werden? Wie kann die EU effizienter gemacht werden? Wie kann sie ihre Handlungsfähigkeit verbessern und erfolgreich handeln, um das zu erreichen, was die Bürger von ihr erwarten? Dies schließt eine Vertragsänderung nicht aus.

Hans-Gert Pöttering, der Präsident des VEM wird die Konferenz in Florenz eröffnen, die live übertragen und von Dieter Schlenker nach den offiziellen Grußworten des Präsidenten des EHI, Renaud Dehousse, und der Bürgermeisterin von Fiesole, Anna Ravoni, moderiert wird, gefolgt von den Reden von Professor Steven van Hecke, Franca Feisel und abschließend von Eherensekretär Riera Madurell.

Es wird erwartet, dass der Direktor der School of Transnational Governance, Alexander Stubb, und die führenden Mitglieder der Reflexionsgruppe an der Debatte teilnehmen werden, nämlich Enrique Barón Crespo, Elmar Brok, Pat Cox, Monica Frassoni, Zita Gurmai, Genowefa Grabowska, Alain Lamassoure und Beobachter Richard Corbett. Es ist zudem geplant, dass die Stiftungen für europäische Politik an der Veranstaltung teilnehmen und zur Veranstaltung mit den Reden der folgenden Personen beitragen werden: Mikulas Dzurinda, Präsident des Wilfried-Martens-Zentrums für europäische Studien, Maria Joao Rodrigues, Vorsitzende der Stiftung für progressive europäische Studien, Hilde Vautmans, Präsidentin des Europäischen Liberalen Forums, Susanne Rieger und Dirk Holemans, Ko-Präsidenten der Grünen Europäischen Stiftung.

Am selben Tag wird auch eine Sonderausstellung eröffnet, die einen Monat dauern und im Internet präsentiert wird und in der die wichtigsten Dokumente vorgestellt werden, mit denen der Ursprung und die Entwicklung der wichtigsten europäischen politischen Stiftungen veranschaulicht und ihre jüngsten Beiträge zur „Konferenz zur Zukunft Europas“ hervorgehoben werden.

Die Sitzungsberichte und die vorgelegten Dokumente werden zusammen mit dem Vorschlag des VEM auf der „Konferenz zur Zukunft Europas“ und den Beiträgen namhafter Persönlichkeiten im Buch „Present Future of Europe“ vorgestellt, das vom VEM veröffentlicht und vom HAEU gedruckt wird.

Die Veranstaltung, die Ausstellung, die hochrangige Konferenz und das Buch sind dem Gedenken an Präsident David Sassoli gewidmet, der in den Institutionen hoch angesehen, ein versierter Journalist und überzeugter Europäer war. Wie Präsidentin Roberta Metsola hervorgehoben hat, hinterlässt er uns ein wichtiges Vermächtnis an Werten. Zudem hatte Präsident Sassoli am 9. Mai 2021 im Plenarsaal in Straßburg die „Konferenz zur Zukunft Europas“ eröffnet und diesen vom Parlament, dem Rat und der Kommission gemeinsam eingerichteten partizipativen Prozess eingeleitet.

Die Konferenz zur Zukunft Europas, die bereits 2019 angekündigt wurde und in Kürze abgeschlossen werden soll, zielt darauf ab, den vielen Menschen in Europa durch eine innovative Methode, die auf dem Dialog zwischen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen beruht und außerdem auf einer mehrsprachigen digitalen Plattform vorgestellt wird, eine Stimme zu geben.

Es gibt in diesem Rahmen viele verschiedene Initiativen, die in den Mitgliedstaaten von der Zivilgesellschaft und von europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Behörden organisiert wurden und in denen verschiedene Themen und Empfehlungen erörtert wurden.

So wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, um das Bewusstsein für die aktive demokratische Teilhabe zu schärfen, den Dialog zu fördern und die aktive Beteiligung bestimmter Bereiche der Zivilgesellschaft, insbesondere junger Menschen, an der Konferenz zur Zukunft Europas zu fördern.

Es steht außer Zweifel, dass die Konferenz Gelegenheit bot, über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union nachzudenken und ihre Werte und Grundsätze durch die jüngsten Vorschläge herauszustellen, damit sie zunehmend auf die

Bedürfnisse der Bürger reagieren und neue Herausforderungen bewältigen kann und somit ein Europa von allen und für alle ist.

Ich stimme Guy Verhofstadt, dem Ko-Präsidenten der Konferenz, zu, der gleich zu Beginn von der Notwendigkeit eines echten Dialogs zwischen Bürgern und Politikern gesprochen hat, damit konkrete Vorschläge für die rund 450 Millionen Einwohner der Europäischen Union vorgelegt und umgesetzt werden können.

Es ist auch wichtig, zu bedenken, dass der Kultur dabei ebenfalls eine Schlüsselrolle zukommt und sie daher für alle europäischen Bürger zugänglich sein sollte, und zwar mit geeigneten und innovativen Bildungsprogrammen, die Emotionen auslösen und zur Reaktion ermutigen können, damit dem Leben der Bürger neue Impulse verliehen werden, ohne dass sie dabei ihre Identität verlieren, und damit wichtige Ziele durch eine echte „kulturelle Resilienz“ erreicht werden können.

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben sich verpflichtet, den Europäern zuzuhören und die Empfehlungen in ihrem Zuständigkeitsbereich weiterzuverfolgen. Wir hoffen, dass die Schlussfolgerungen als Orientierungshilfe für die Zukunft Europas dienen können, wobei die aus dieser demokratischen Auseinandersetzung hervorgegangenen Ideen und Vorschläge berücksichtigt werden und dabei auf soziale, kulturelle, politische und geografische Ausgewogenheit geachtet wird.

**Monica Baldi**

Vizepräsidentin

## EP TO CAMPUS

### **15-JÄHRIGES JUBILÄUM VON „EP TO CAMPUS“**

Am 7. Dezember organisierte der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Veranstaltung in Brüssel, um das 15-jährige Jubiläum seines Programms „EP to Campus“ zu feiern. Aufgrund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie musste die Veranstaltung in einem hybriden Format abgehalten werden, sodass manche Gäste vor Ort anwesend waren, während andere online teilnahmen.

Die Veranstaltung wurde moderiert vom Vereinsvorsitzenden Hans Gert Pöttering, der die Arbeit des Programmgründers Lord Balfe gebührend würdigte. Für einen schwungvollen Veranstaltungsbeginn sorgten unsere beiden Gastrednerinnen:

Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, und Federica Mogherini, ehemalige Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, befürworteten beide das Programm „EP to Campus“ und äußerten sich enthusiastisch über die Notwendigkeit, junge Menschen in die Politik und die Entscheidungsprozesse in Europa einzubinden.

Besonders erfreulich war dabei das Angebot von Federica Mogherini, in ihrer neuen Rolle als Direktorin des College of Europe in Brügge enger mit dem Programm „EP to Campus“ zusammenzuarbeiten.

Danach nahmen drei Gäste, die erfahrene Gastdozenten im Rahmen des Programms „EP to Campus“ sind, an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Herausforderungen des Lehrens europäischer Themen“ teil. Natalia Cuglesan von der Babes Bolyai University, Cluj, Rumänien, Marc Arwed Rutke vom Euroculture Centre, Universität Göttingen, Deutschland, und Vlad VERNYgora von der University of Technology in Tallinn, Estland, sprachen über ihre Versuche und Vorschläge zur Organisation von Programmen zur Zusammenarbeit mit Universitäten, um auch in der Wissenschaftswelt ein Verständnis für die Arbeit der EU zu schaffen. Der Vorschlag, dass Gastdozenten des Vereins als eine Art Botschafter für die EU tätig werden könnten, wurde von den vor Ort und online teilnehmenden Mitgliedern sehr positiv aufgenommen.

Die Rückmeldungen im Anschluss an die Veranstaltung bestätigten den Eindruck der vor Ort Anwesenden, dass die Veranstaltung durchaus gewinnbringend war.

Obwohl uns die COVID-19-Pandemie, die wohl leider länger andauern wird als ursprünglich angenommen, vor große Herausforderungen gestellt hat, haben wir mithilfe von neuen Technologien auch Wege gefunden, um diese zu bewältigen.

Das Programm „EP to Campus“ wird in Zukunft weiter ausgeweitet und bleibt offen für konstruktive Kritik seiner Teilnehmer.

Ich für meinen Teil bin sowohl glücklich als auch dankbar, dass ich mit der Unterstützung von Professor Manuel Porto und unseren hervorragenden Mitarbeitern meinen Beitrag dazu leisten kann.

**Michael Hindley**

*Koordinator des Programms „EP to Campus“*



# VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITGLIEDER DES VEREINS DER EHEMALIGEN MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

## **„The peaceful uprising of the female sapiens“ von Anna Karamanou**

Mein Buch bietet eine faszinierende Reise durch die Geschichte, die mit der Revolution gegen das Osmanische Reich im Jahr 1821 beginnt und mit der Pandemie und der griechischen MeToo-Bewegung im Jahr 2021 endet. Vermittelt wird historisches, politisches und geschlechterbezogenes Grundwissen über die 200 Jahre, die der moderne griechische Nationalstaat mittlerweile besteht. Die großen historischen Ereignisse, die Rolle der politischen und militärischen Führung, die Triumphe und die nationalen Schicksalsschläge, die Rolle und die Situation der Frauen sowie die Ideen, die das moderne Griechenland geprägt haben – das alles sind Themen, die in dem Buch beleuchtet werden.

## **„The Semi-Detached European“ von Michael Hindley**

Wie Phönix aus der Asche ging die Europäische Union nach dem Zweiten Weltkrieg als Weltwirtschaftsmacht aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs hervor. Beginnend bei der Neuordnung nach dem Krieg beschreibt das Buch auf umfassende und fundierte Weise das sich wandelnde Verhältnis des Vereinigten Königreichs zu dieser dynamischen Entwicklung. Vorangetrieben wurde der von Erfolg gekrönte Versuch, die Demokratie wiederaufleben zu lassen und in Westeuropa einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, von der deutsch-französischen Aussöhnung. Doch Großbritannien hielt sich gefällig heraus.

## **„Scotland's Greatest Storyteller“ und „The Castle Cat“, von Alasdair Hutton.**

Alasdair Hutton, der von 1979 bis 1989 der Fraktion der Europäischen Demokraten angehörte, hat zu seinen Büchern zwei weitere Veröffentlichungen hinzugefügt, und zwar „Scotland's Greatest Storyteller“ (Schottlands größter Erzähler) und „The Castle Cat“ (Die Schlosskatze).

Der erste Titel ist eine kurze Biografie von Sir Walter Scott, die für junge Menschen und jene geschrieben wurde, die mit Scotts Romanen noch nicht vertraut sind, und zwar anlässlich des 250. Geburtstags von Sir Walter Scott.

Das zweite Buch ist eine Geschichte über eine kleine Katze, die einer Gruppe von Soldaten zurück zum Schloss von Edinburgh folgt und dann deren Maskottchen wird. Es richtet sich an Kleinkinder im Alter von sechs oder sieben Jahren und enthält schöne Illustrationen. In „The Tattoo Fox“, dem ersten Buch, das Alasdair Hutton für Kinder geschrieben hat, war die Schlosskatze zum ersten Mal aufgetreten.

Alasdair Hutton hat auch eine anekdotenhafte Geschichte der Fallschirmspringereinheit veröffentlicht, in der er 22 Jahre lang gedient hatte, sowie „The Tattoo Fox“, „The Tattoo Fox Makes New Friends“, „The Greatest Show on Earth“, eine Sammlung schottischer Kinderreime und „Mustard and Pepper“.

### **„BEWÄLTIGUNG DEMOGRAFISCHER TRENDS: AB- UND ZUWANDERUNG HOCHQUALIFIZIERTER ARBEITSKRÄFTE UND BEVÖLKERUNGSSCHWUND“**

Auf der Grundlage des im Juni 2020 veröffentlichten Berichts der Kommission über die Auswirkungen des demografischen Wandels werde ich als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie eine Initiative zur Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte vorlegen, mit der die mit dem Bevölkerungsrückgang verbundenen Herausforderungen abgefedert werden sollen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns mit den verschiedenen Triebkräften, den langfristigen Folgen und möglichen Lösungen im Zusammenhang mit diesem Phänomen befassen.

Die Vorteile des Binnenmarkts sind für uns alle in unserem Alltag spürbar. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass alle von diesen Vorteilen profitieren können, unabhängig davon, wo sie leben und arbeiten. Ziel ist es, einen Beitrag zum Gesamtwachstum zu leisten, indem die von der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte und dem Bevölkerungsschwund betroffenen Gebiete an wirtschaftlicher Dynamik zulegen.

Im Jahr 2019 waren von den 11,9 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter, die innerhalb der EU an einen anderen Ort gezogen sind, 4,1 Millionen hochqualifiziert, das heißt 34 % hatten eine Hochschulausbildung. Der Anteil dieser Menschen steigt in der EU der 28 stetig; während es im Jahr 2008 noch jeder Vierte war, war es ein Jahr später schon jeder Dritte.

Die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte kann auf unterschiedlichen Ebenen beobachtet werden. In unserer künftigen Mitteilung werden wir die Dynamik dieser Abwanderung auf regionaler Ebene und das Ausmaß der Mobilität von Fachkräften eingehender untersuchen. Dabei muss auch die Rückkehr in den Herkunftsmitgliedstaat betrachtet werden. Wir müssen untersuchen, welche qualifizierten Arbeitskräfte einen neuen Wohnort wählen und wer von ihnen ins Ausland geht. Wir werden auch die langfristige Dynamik der Mobilität hochqualifizierter Arbeitskräfte und des demografischen Wandels vor dem Hintergrund unterschiedlicher territorialer Merkmale wie Randregionen, ländliche Regionen oder ehemalige Industrieregionen untersuchen. In der Mitteilung wird eine Reihe von Maßnahmen dargelegt, die auf EU-Ebene sowie auf nationaler und regionaler Ebene ergriffen werden sollen, um die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu verhindern sowie die Mobilität und die Zuwanderung von Fachkräften zu fördern.

Gleichzeitig soll den Folgen des Bevölkerungsschwunds entgegenwirkt werden. Da 2022 das Jahr der Jugend ist, werden wir uns gezielt mit Maßnahmen befassen, die dazu dienen, junge Menschen aktiv in die Bewältigung der Herausforderungen der Abwanderung

hochqualifizierter Arbeitskräfte und des Bevölkerungsschwunds einzubinden.

Diese Frage der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte ist keineswegs theoretischer Natur, sondern hat ganz handfeste Konsequenzen. Nach der jüngsten Volkszählung von 2021 ist in Kroatien ein Rückgang der Bevölkerung um rund 10 % seit der letzten Volkszählung im Jahr 2011 zu verzeichnen. Da den jährlichen demografischen Statistiken der vergangenen zehn Jahre ein konstanter Bevölkerungsschwund zu entnehmen war, war dies zu erwarten, wenn auch nicht unbedingt in einem solchen Ausmaß. Dies ist jedoch nicht nur in Kroatien zu beobachten, sondern auch in Bulgarien, Griechenland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen und Rumänien.

Wir orientieren uns in unseren Überlegungen an dem innovativen Atlas der Demografie, den ich 2020 bei der Europäischen Kommission eingeführt habe. Er enthält die Bevölkerungsprognosen für die EU-Mitgliedstaaten bis 2050. Wir waren besonders daran interessiert, die Entwicklungen bei der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu erfassen, denn die Mobilität junger Menschen hat erhebliche Auswirkungen auf den demografischen Wandel. Während einige Regionen dank des Zustroms jüngerer Menschen florieren, fallen andere zurück. Dieser Effekt der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte betrifft nicht nur ländliche Gebiete, sondern es sind auch städtische Gebiete und ganze Länder davon betroffen.

Zu den weiteren Herausforderungen, die wir angehen müssen, gehört die Tatsache, dass die sogenannte Generation der Babyboomer – die in den 1950er und 1960er Jahren geborenen EU-Bürger – sich dem Rentenalter nähert. Dies ist eine Generation hoher Geburtenraten, die im krassen Gegensatz zu den heutigen rückläufigen Trends steht. Da diese Babyboomer nun allmählich in den Ruhestand treten, wird sich dies in erheblichem Maße auf den Arbeitsmarkt auswirken. Der Arbeitsmarkt wird viel an Know-how verlieren. Das wirft einige Fragen auf. Ich denke zum Beispiel an die Auswirkungen der Verrentung von Arbeitnehmern. Ist der vorzeitige oder unfreiwillige Eintritt in den Ruhestand eine Form des Verlusts an hochqualifizierten Fachkräften von einer Generation zur nächsten, die wir angehen müssen?

Es liegt auf der Hand, dass wir es mit einer ganz bestimmten Art von intellektuellem Aderlass zu tun bekommen, nämlich dem vorzeitigen Ausscheiden qualifizierter Menschen, die geistige oder körperliche Arbeit verrichten, aus dem Arbeitsleben. Künftige Maßnahmen könnten sicherlich auf die Arbeitnehmer ausgerichtet werden, aber wir müssen uns auch intensiv mit den Unternehmen beschäftigen. Dies wird sicherlich eine Herausforderung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sein, daher müssen wir unsere Gesellschaften jetzt darauf vorbereiten.

Die gute Nachricht ist, dass wir länger und gesünder leben als je zuvor. Wie können wir also das Interesse älterer Menschen wecken, die gerne länger einer Tätigkeit nachgehen möchten, und ihnen dies auch ermöglichen? Es ist nicht so sehr die Frage, wie wir

Menschen dazu motivieren können, weiter ihre Fertigkeiten zur Verfügung zu stellen, sondern wann wir sie dazu motivieren sollten. Dies sollte nämlich gemäß dem Konzept der Vorbereitung auf den Ruhestand bereits vor ihrem Renteneintritt geschehen.

Eine der Empfehlungen von Bürgern, wie sie den Diskussionen auf der Konferenz zur Zukunft Europas zu entnehmen sind, widmet sich dem Thema der Anbindung ländlicher Gebiete, insbesondere an den Verkehr und an das Internet. Nach Ansicht dieser Bürger würde eine bessere Anbindung nicht nur zu weniger Umweltverschmutzung führen, sondern auch die Attraktivität ländlicher Gebiete für mobile Menschen erhöhen. Darüber sollten wir uns weitere Gedanken machen, denn schließlich arbeiten wir daran, den Austausch bewährter Verfahren zwischen verschiedenen Gebieten zu ermöglichen, die mit ähnlichen Herausforderungen wie dem Bevölkerungsschwund zu kämpfen haben. Bei der Vorbereitung unserer Gesellschaften auf die Bewältigung der demografischen Trends, die unsere Zukunft prägen werden, wird es darauf ankommen, die verschiedenen Arten des Verlusts hochqualifizierter Arbeitskräfte und des Bevölkerungsschwunds in Angriff zu nehmen, wenn wir wirksame politische Lösungen finden wollen.

### **Dubravka Šuica**

*Vizepräsidentin der Europäischen Kommission*

## **MIGRATION UND INTEGRATION**

Mobilität in ihren mannigfaltigen Ausprägungen ist ein natürliches menschliches Verhalten, das von den Jägern und Sammlern in der Steinzeit bis hin zu neueren Erscheinungen wie dem internationalen Flugverkehr zu Geschäfts- und Tourismuszwecken reicht. Dabei handelt es sich jedoch um vorübergehende Aktivitäten, während Migration ein wichtiger Faktor ist, der sich auf den langfristigen demografischen Wandel auswirkt, wenn zuweilen ganze Bevölkerungsgruppen aufgrund von Krieg, Hungersnöten und Armut anderswohin aufbrechen. Meine eigenen Vorfahren waren französische Hugenotten, die im 17. Jahrhundert vor religiöser Verfolgung geflohen sind und sich in Nottingham niederließen, wo sie zur Errichtung des berühmten „Lace Market“ beitrugen und somit der Stadt Wohlstand brachten.

Die große Migrationswelle über den Atlantik von Europa nach Nordamerika, die in den 1840er-Jahren begann, ist nach wie vor die größte Massenmigration in der Geschichte der Menschheit, in deren Zuge etwa 30 Millionen Menschen ihre Heimat für ein „besseres Leben“ verließen, von denen ein großer Teil aus Irland und Deutschland stammte. Gleichzeitig gab es eine erzwungene Migration, als 12,5 Millionen Afrikaner versklavt und auf Plantagen des gesamten amerikanischen Kontinents gebracht wurden, wodurch Afrika seiner Talente

beraubt wurde und die Kolonialmächte zudem in brutaler Weise natürliche Ressourcen und Kulturgegenstände dieses Kontinents plünderten.

Springen wir nun ins 21. Jahrhundert, in dem die Auswirkungen des Klimawandels zusammen mit schier unlösbaren Konflikten in Afrika und im Nahen Osten zu einem Zustrom von Flüchtlingen, Asylsuchenden und anderen Menschen geführt haben, die aus Verzweiflung vor unerträglichen Lebensbedingungen fliehen. Nach Angaben von Eurostat waren von den 447,3 Millionen Menschen, die am 1. Januar 2020 in der EU lebten, 23 Millionen (5,1 %) Nicht-EU-Bürger und 2,7 Millionen von ihnen erst in den vergangenen zwölf Monaten in der EU angekommen. Im selben Jahr verliehen die EU-Mitgliedstaaten 706 400 Menschen die Staatsbürgerschaft, was einem Anstieg um 5 % gegenüber 2018 entspricht. Wir sollten jedoch dabei daran erinnern, dass Menschen ohne Staatsbürgerschaft eine unsichere Zukunft mit begrenztem Zugang zu Dienstleistungen haben, nicht arbeiten dürfen, auf staatliche Leistungen und Wohltätigkeitsorganisationen angewiesen sind und oftmals schlimmstem Rassismus ausgesetzt sind. Ein Asylverfahren kann Jahre dauern, was bedeutet, dass Menschen, die bei uns Zuflucht gesucht haben, über längere Zeit in Angst und mit der Ungewissheit leben müssen, möglicherweise wieder in das Land, aus dem sie geflohen sind, abgeschoben zu werden. Dies ist für Frauen besonders besorgniserregend, die auf ihrer Flucht stets in großer Gefahr sind, Opfer sexueller Gewalt zu werden. Ebenfalls Anlass zur Sorge bietet die Lage von LGBTIAQ+, da viele Länder für nicht binäre Menschen nach wie vor gefährlich sind.

Das europäische Aufbauwerk entstand aus der Asche zweier Weltkriege, in denen sechs Millionen Juden und mehr als eine halbe Million Roma ermordet wurden, sowie Tausende homosexueller Männer, Gewerkschafter und Menschen mit Behinderungen, von den Massenvertreibungen ganz zu schweigen. Bis 1941 war es jüdischen Familien noch möglich, Hitlers „Drittes Reich“ zu verlassen, sodass sich 340 000 Menschen jüdischer Herkunft aufgrund des immer feindlicheren Umfelds in ihrer deutschen oder österreichischen Heimat entschlossen, ihre Häuser und Unternehmen zurückzulassen und im Ausland Zuflucht zu suchen. Die Mehrheit der 100 000 Personen, die in andere europäische Länder flohen, wurden jedoch am Ende in Todeslager verbracht und vielen, die an weiter entfernten Orten Schutz suchen wollten, wurde die Einreise verweigert. Dazu gehörten auch Menschen an Bord des Passagierschiffs St. Louis, die von Hamburg nach Florida aufbrachen und hofften, von dort nach Kuba gelangen zu können, jedoch abgewiesen wurden. Es ist erwiesen, dass 254 der 908 Passagiere später als Opfer des Holocaust ermordet wurden.

Wenn uns europäische Werte wirklich etwas bedeuten, sollten wir bestrebt sein, eine Willkommenskultur für diejenigen zu schaffen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Stattdessen sehen wir, wie Menschen im Ärmelkanal mit Gewalt abgewiesen werden, Stacheldrahtzäune in Kroatien errichtet werden, in Dänemark syrischen Flüchtlinge die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, humanitäre Helfer kriminalisiert werden und die

Migrationskrise von populistischen Politikern wie dem ungarischen Regierungschef Orbán und dem belarussischen Diktator Lukaschenko instrumentalisiert wird. In Europa gab es nie eine Flüchtlingskrise, aber es gibt eine Solidaritätskrise.

Mehr als die Hälfte aller auf der Flucht befindlichen Menschen in der ganzen Welt sind Frauen und Kinder. Angesichts einer alternden Bevölkerung in Europa, wodurch eine Destabilisierung des hiesigen Arbeitsmarkts droht, müssen wir den Kreis der Menschen vergrößern, die bereit sind, ihre Ärmel hochzukrempeln und auf dem Arbeitsmarkt anzupacken. Während meiner Zeit als Mitglied des Europäischen Parlaments und bei meiner anschließenden Tätigkeit für die karitative Organisation „City of Sanctuary (UK)“ habe ich viele talentierte und mit unternehmerischem Elan ausgestattete Migranten und deren hochintelligente Kinder kennengelernt, die sich nichts sehnlicher wünschen, als zur Schule und später zur Universität gehen zu können.

Eine zukunftsorientierte Migrations- und Integrationspolitik würde diese Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden nicht als Problem oder als Bedrohung für unser europäisches Gemeinwesen betrachten, sondern als Teil der Lösung zur Schaffung einer sicheren, prosperierenden und gerechteren Gesellschaft.

**Julie Ward**

*S&D, United Kingdom (2014-2020)*

## DIE BALEAREN ANGESICHTS IHRER DEMOGRAFISCHEN HERAUSFORDERUNG

Die Balearen bilden eine äußerst attraktive und dynamische Inselgruppe im westlichen Mittelmeerraum. Im Laufe der Jahre haben sich diese Inseln als Ort mit Beschäftigungsmöglichkeiten und neuen Chancen erwiesen und sind zu einem der meistbesuchten Reiseziele der Welt geworden. Seit Jahrzehnten verzeichnet das Land jedoch einen Bevölkerungszuwachs, sowohl was die dauerhaft dort lebenden als auch die sich vorübergehend dort aufhaltenden Menschen betrifft.

Gleichzeitig ist dieses ökologisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich fragile Gebiet, wie es jede Inselgruppe ist, mit einer allmählichen Überalterung und einer starken Diversifizierung seiner Bevölkerung konfrontiert, da dort inzwischen über 120 000 Ausländer leben.

Wenn wir in diesem Zusammenhang die wichtigsten Elemente der demografischen Herausforderung, vor der die Balearen stehen, im Detail analysieren, gelangen wir zu den folgenden vier wichtigsten Erkenntnissen:

Erstens gibt es eine **beträchtliche Anzahl sich saisonal und vorübergehend dort aufhaltender Menschen**, zu denen sowohl Touristen als auch Saisonarbeitskräfte gehören, was dazu führt, dass (vor der Pandemie) im August die Bevölkerungszahl um mehr als 75 % höher liegt als im Januar. Mit anderen Worten gab es gemäß den Daten von 2019 dort im August rund 878 000 mehr Menschen als im Januar, wobei 1 200 000 Menschen dauerhaft dort leben.

Zweitens gibt es ein **erhebliches und anhaltendes Bevölkerungswachstum unterschiedlicher Herkunft**. Die Bevölkerungszahl auf den Balearen wuchs von 2000 bis 2020 um 39 %, was mehr als doppelt so hoch ist wie der Medianwert für ganz Spanien, wo der Zuwachs bei 18 % lag. Gleichzeitig ist inzwischen jeder vierte Bürger der Balearen im Ausland geboren. Es sollte auch betont werden, dass die Bevölkerung der Balearen auf der Grundlage der Prognosen, die im Eurostat-Jahrbuch der Regionen 2021 enthalten sind, eine der acht Regionen ist, die bis 2050 ein Bevölkerungswachstum von über 25 % verzeichnen werden, wobei die Hälfte dieser europäischen Regionen Inselregionen sind.

Drittens ist ein **erheblicher Anstieg der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren** zu verzeichnen, die nicht nur von 14,6 % im Jahr 2002 auf 16,3 % im Jahr 2021 zugenommen hat, sondern auch einen Prozess durchläuft, der als „Überalterung der Alten“ bezeichnet wird, wobei das Durchschnittsalter der über 65-Jährigen immer höher wird.

Viertens kommt der **Archipelcharakter der Balearen** hinzu, was die Verwaltung eines Gebiets erschwert, das aus mehreren kleinen, verstreuten und unzusammenhängenden Inseln besteht. Es sei darauf hingewiesen, dass die Zersplitterung der Verwaltungseinheit eines Archipels mehr Investitionen auf jeder Insel erfordert, um für gleiche

Wettbewerbsbedingungen zu sorgen und gleichzeitig die Möglichkeiten zur Erzielung von Größenvorteilen bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen für das Gebiet begrenzt sind.

Die Kombination dieser Faktoren beeinträchtigt nicht nur den sozialen und territorialen Zusammenhalt der Inselgruppe und ihren Zusammenhalt mit dem Rest des europäischen Kontinents, sondern wirkt sich auch auf die Nachhaltigkeit des Gebiets aus und kann zu einer Sättigung führen, die sich unmittelbar auf die Lebensqualität der Bürger auswirkt. Dies reicht von einem Preisanstieg beim Wohnen, der den Zugang jüngerer Menschen zu Wohnraum erschwert, bis hin zu Problemen wie dem Anstieg der Verbraucherpreise, den Schwierigkeiten bei der Mobilität oder den vielfältigen zu erwartenden Auswirkungen auf Bildung und Gesundheit. Somit wird deutlich, dass die demografische Komplexität der Inseln die Ursache für viele Probleme bei der öffentlichen Verwaltung des Gebiets ist.

Es ist zu betonen, dass diese Faktoren nicht nur eine große und sehr spezifische demografische Herausforderung darstellen, sondern auch völlig anders geartet sind als im übrigen Spanien. Dies bedeutet, dass sich die Dynamik im Rest des Landes generell in die andere Richtung bewegt, was zu erheblichen Problemen in bestimmten Gebieten der Iberischen Halbinsel infolge eines Bevölkerungsschwunds führt.

In diesem Zusammenhang setzt sich die Regierung der Balearen aktiv für die Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen ein, um die demografischen Herausforderungen zu bewältigen, doch muss die demografische Frage sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsschwierigkeiten, die sich aus der hohen Bevölkerungsdichte ergeben, angegangen werden. Nur auf diese Weise wird dieses kleine, fragmentierte, verstreute und demografisch komplexe Gebiet in der Lage sein, die spezifischen Lösungen zu finden, die sich im Allgemeinen von denen in den anderen Landesteilen unterscheiden, um nachhaltige Fortschritte zu erzielen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Fall der Balearen in Bezug auf die Demografie ein gutes Beispiel dafür ist, dass eine EU-Inselstrategie umgesetzt werden muss, die jeweils auf das entsprechende Gebiet zugeschnitten ist. Daher ist es bei der Lösung von eine Insel betreffenden Problemen in einem überwiegend kontinentalen Kontext notwendiger denn je, Artikel 174 AEUV anzuwenden und ihn mit Leben zu füllen: nämlich durch die Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gebiete der EU bei der Schaffung eines kohärenten und gleichberechtigten Zusammenhalts mit dem Rest des Kontinents.

### **Antoni Vicens-i-Vicens**

Generaldirektor für Außenbeziehungen der Regierung der Balearen und Mitglied des Ausschusses der Regionen



## DEMOGRAFISCHER WANDEL, WIRTSCHAFT UND KLIMAKRISE

Die Pandemie und die Maßnahmen zur Distanzierung haben die Ältesten und Schwächsten besonders hart getroffen. Die Demographie hat nicht nur Auswirkungen auf die Hygienemaßnahmen oder die Nachhaltigkeit des Versicherungs- und Sozialsystems, sie wirkt sich auch auf die Umsetzung des Grünen Deals aus.

Der durchschnittliche Temperaturanstieg müsste auf weniger als 1,5 °C begrenzt und die Wirtschaft bis spätestens 2050 weltweit vollständig dekarbonisiert werden, um eine unkontrollierbare Klimakrise zu vermeiden. Angesichts der derzeitigen demografischen Entwicklung würde der Status quo – wenn er nicht verändert wird – zu einem starken Anstieg der Nachfrage nach Lebensmitteln, Energie, Wasser, städtischem Raum und seltenen Metallen führen. Werden Wohlstand und Wirtschaftsentwicklung nicht vom Rohstoff- und Energieverbrauch abgekoppelt, wird der Übergang zur Klimaneutralität unmöglich sein.

Das Zusammenspiel von demografischem Wandel, Wertewandel und neuen Trends in Bezug auf den Lebensstil sowie die Umwelt- und Klimakrise führen zu Entwicklungen, die zueinander im Widerspruch stehen. Diese Entwicklungen dürfen von der Politik in den Bereichen Gesundheit, Umgang mit Krankheiten, Bereitstellung von Sozialleistungen und Beschäftigung sowie bei wirtschaftlichen Entscheidungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Viele Europäerinnen und Europäer, die mittlerweile im fortgeschrittenen Alter sind, erwerben Ferienwohnungen im Süden. Gleichzeitig steigt die Zahl der Haushalte in Europa, während ihre Größe immer weiter abnimmt: In einem Drittel der Haushalte lebt nur eine Person, und viele Menschen über 65, die meisten von ihnen Frauen, leben allein.

Außerdem entscheiden sich viele junge Menschen zu Beginn ihres Studiums oder Berufslebens für alternative Wohnmodelle, da sie viel unterwegs sind, aus der Ferne arbeiten (digitale Nomaden) oder bestimmte Werte hochhalten. Sie mieten kleinere, möblierte Wohnungen für einen begrenzten Zeitraum, wohnen in Jugendherbergen, wenn sie aus beruflichen Gründen reisen und ihren Aufenthalt durch einen Urlaub verlängern oder um soziale Kontakte zu knüpfen, und arbeiten oft aus der Ferne und für verschiedene Arbeitgeber. Tourismusplattformen (Booking, Hostelworld, Hostelling International) tragen diesen Trends nun Rechnung, ebenso wie innovative Jugendherbergen, die Möglichkeiten für *Cohousing*, *Coworking* und soziale Kontakte (*Socialising*) als Antwort auf diese neue Nachfrage und die neuen sozioökonomischen Trends anbieten. Beispielhaft seien hier das [Welcommon Hostel](#) in Athen, das soziale Unternehmen [Anemos Ananeosis/Wind of Renewal](#), der Anbieter von temporärem Wohnraum [Luoghi Comuni Porta Palazzo](#) in Turin oder das Modell des sozialen Wohnungsbaus oder des Kollektiveigentums [Community Land Trust Brüssel](#) genannt.

Der demografische Wandel und der Wertewandel wirken sich in großem Maße auf die Konsumtrends und die Wirtschaft aus. Viele junge Menschen entscheiden sich dafür, weniger zu fliegen oder mit dem eigenen Auto zu fahren und stattdessen mehr mit dem Zug oder dem Fahrrad zu reisen, weniger und nachhaltiger zu konsumieren, nach sozialen und ökologisch nachhaltigen Kriterien einzukaufen, den Konsum von rotem Fleisch zu reduzieren oder ganz einzustellen und ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verkleinern. Dies führt dazu, dass einige Wirtschaftsbereiche gestärkt und andere verdrängt werden.

Eines der größten Probleme ist derzeit der Mangel an Arbeitskräften, vor allem in wichtigen Wirtschaftszweigen, unter anderem bedingt durch den demografischen Wandel. Durch die Beschränkungsmaßnahmen sind Mobilität und Migration zurückgegangen, ältere Menschen scheiden vorzeitig aus dem Arbeitsleben aus, Frauen geben ihre Arbeit auf, um sich um ihre Kinder zu kümmern, und viele junge Menschen treten nicht (wieder) in den Arbeitsmarkt ein, weil ihre Qualifikationen den Markterfordernissen nicht entsprechen oder sie nur einen geringen Lohn erhalten würden. In Volkswirtschaften mit strukturellen Herausforderungen und einem geringen Potenzial für Innovation und Wandel verschärfen sich die Probleme, die mit der Überalterung der Arbeitskräfte, einer unzureichenden Qualifikation, der hohen Arbeitslosigkeit und der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in andere Länder einhergehen. Prognosen zufolge wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den EU-27 bis 2070 insgesamt um 18 % zurückgehen.

Die demografische und wirtschaftliche Struktur eines jeden Landes wird jedoch eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, eine nachhaltige, umweltfreundliche und gesunde Erholung zu erreichen. Während der Pandemie dürften sich die berufliche Mobilität, die Unternehmensdynamik und die Gründungen von Start-ups in technologisch innovativen Branchen und von sozialen Unternehmen in Branchen, die mit sozialer Innovation, dem digitalen und ökologischen Wandel und der Energiewende zusammenhängen, verlangsamt haben, können aber je nach Politik eine treibende Kraft bei der Erholung sein. Mit den Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität und des Mehrjährigen Finanzrahmens für den Zeitraum 2021–2027 soll eine widerstandsfähigere Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik gefördert werden, mit der auf vielfältige Krisen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels reagiert werden kann, ohne dass große Teile der Gesellschaft zurückbleiben.

Mit den kurzfristigen Lösungen für die durch die Pandemie aufgezeigten Probleme müssen auch strukturelle Probleme – wie der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20–64 Jahre) oder der Mangel an Arbeitskräften in hochqualifizierten Bereichen, in technischen Berufen, in der Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur sowie in Fachrichtungen, mit denen der ökologische und der digitale Wandel unterstützt werden können – angegangen werden.

Dazu gehört auch, Migrantinnen und Migranten gezielt und ohne Angst oder Vorurteile zu fördern und ihnen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Damit wirtschaftliche

Hindernisse abgebaut und der ökologische Wandel sowie die Energiewende vorangetrieben werden können, ist auch ein Aus- und Weiterbildungssystem erforderlich, das auf die schnelle berufliche Eingliederung von Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten sowie auf die Umschulung (*Reskilling*) und den Ausbau von Wissen und Qualifikationen (*Upskilling*) von bereits Beschäftigten, insbesondere von älteren Menschen, ausgerichtet ist, um auf die sich schnell ändernden Anforderungen der Wirtschaft, den Bedarf an Qualifikationen, den Wandel der gesellschaftlichen Werte und die technologischen Erfordernisse reagieren zu können.

### **Nikos Chrysogelos**

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments (2012 - 2014)

[nikos.chrysoqelos@gmail.com](mailto:nikos.chrysoqelos@gmail.com)

## **JAHR DER JUGEND: EINE GELEGENHEIT, ÜBER DIE DEMOGRAPHISCHEN HERAUSFORDERUNGEN ZU SPRECHEN**

Im September 2021 leitete Präsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen ihrer Rede zur Lage der Union das Jahr der Jugend ein, was für viele Jugendorganisationen, die nicht über die Absicht informiert waren, eine Überraschung war, auch wenn sie die Initiative begrüßten. Mit dem Jahr der Jugend, das im Januar 2022 begann, sollen die jungen Menschen gewürdigt werden, die während der Pandemie einen großen Teil ihrer Freiheit, ihrer Aktivitäten und ihres täglichen Lebens geopfert haben. Dabei geht es um weit mehr als nur Partys und Bars: Den Jugendlichen fehlte es vor allem an sozialen Kontakten, die doch beim Erwachsenwerden unerlässlich sind. Auf der offiziellen Website des Europäischen Jahrs der Jugend ermutigen die Kommissionsmitglieder Marija Gabriel und Margaritis Schinas uns, die jungen Menschen, wieder zu reisen, um neue Menschen kennenzulernen und uns über unsere Ideen für die Zukunft auszutauschen, die wir für uns selbst wollen. Wir haben eine deutliche Zunahme der Fälle von Depressionen, Angstzuständen und Einsamkeit sowie einen Rückgang der psychologischen Widerstandsfähigkeit bei Schülern, Jugendlichen und Kindern beobachtet. In diesem Sinne ist das Europäische Jahr der Jugend sehr zu begrüßen.

Damit in diesem Jahr konkrete Ergebnisse erzielt werden, muss es jedoch längerfristig, d. h. über das Jahr 2022 hinaus, angelegt sein. In diesem Jahr sollten wir nicht nur eine Perspektive für das Jahr 2022 entwickeln, sondern vielmehr für die kommenden 30, 40 oder 50 Jahre. Ein Blick auf den demografischen Wandel kann helfen, das Jahr der Jugend als Auftakt für ehrgeizige politische Änderungen zu betrachten, mit denen die Jugend mit Blick auf die bevorstehenden demografischen Herausforderungen gestärkt werden soll. Die europäische Bevölkerung macht heute lediglich 6,9 % der Weltbevölkerung aus, und bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird sich dieser Anteil voraussichtlich nur noch auf 4 % belaufen. Im Vergleich dazu machte die Bevölkerung Europas 1960 noch 13,5 % der Weltbevölkerung aus. Darüber hinaus hat das Forschungszentrum des Europäischen Parlaments, der Wissenschaftliche

Dienst des Europäischen Parlaments, darauf hingewiesen, dass 2006 auf jede Person im Alter von 65 Jahren oder älter vier Personen im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) kamen, während es bis zum Jahr 2050 voraussichtlich nur noch zwei sein werden.

Angesichts dieser Zahlen drängen sich zahlreiche Fragen und Herausforderungen auf, mit denen junge Menschen bereits konfrontiert sind. In wirtschaftlicher Hinsicht wird die größte Herausforderung darin bestehen, eine angemessene Rentenperspektive sicherzustellen. Junge Menschen, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten, werden zusehen, wie die Erwerbsbevölkerung bis 2070 um 18 % schrumpfen wird, was Wachstum und wachsenden wirtschaftlichen Wohlstand erschweren wird.

Auch was die Migrationspolitik betrifft, hat das Thema Demografie einen großen Einfluss auf die Debatten. Die Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland stellt dabei fest, dass, um ein konstantes Verhältnis zwischen der Erwerbsbevölkerung und der im Ruhestand befindlichen Bevölkerung aufrechtzuerhalten, die Gesamtzahl der Zuwanderer zwischen 1995 und 2050 über 180 Millionen in Deutschland und 90 Millionen in Frankreich betragen müsste. Damit allerdings die neu ankommenden Migranten gut integriert werden können, muss gegen den systemischen Rassismus vorgegangen werden.

Das Jahr der Jugend bietet eine großartige Gelegenheit, um mit den jungen Menschen über die demografischen Herausforderungen zu sprechen, von denen sie unmittelbar betroffen sein werden. Die junge Generation sollte im Rahmen des Jahres der Jugend die Gelegenheit erhalten, ihr Wissen über den demografischen Wandel zu vertiefen, sich an der Entwicklung kreativer Lösungen zu beteiligen und die Solidarität aufzubauen, die notwendig ist, um die Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

**Magali Hübers**

*FMA Schuman Trainee & Youth representative at JEF Germany  
magalihuebers@gmail.com*